Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

5. Dezember 1949 Blatt 1390

## Wiener Gemeinderat

Heute um 11 Uhr vormittag fand im Rathaus die konstituierende Sitzung des neuen Wiener Gemeinderates statt. Bürgermeister Dr.h.c. Körner hielt dabei folgende Rede:

Hoher Gemeinderat!

Meine Frauen und Herren!

Ich danke Ihnen für das Vertrauen, das Sie mir durch die Wiederwahl zum Bürgermeister der Stadt Wien erweisen. Ich werde mich bemühen, dieses Vertrauen zu rechtfertigen. Ich danke auch im Namen der anderen Herren und Frauen des Präsidiums des Gemeinderates und im Namen der soeben gewählten Mitglieder des Stadtsenates, der Vizebürgermeister und Stadträte, die bestimmt ebenso bemüht sein werden, das ihnen geschenkte Vertrauen zu rechtfertigen und ihre Pflicht zum Wohle des Volkes zu tun.

Mit der neuen Funktionsperiode des Wiener Gemeinderates scheiden einige Mitglieder des Stadtsenates, die in den letzten vier Jahren als amtsführende Stadträte tätig waren, aus ihren Funktionen.

Es scheidet Herr Stadtrat Dr. Freund aus der Leitung der Geschäftsgruppe Wohlfahrtswesen. Es drängt mich, ihm für seine unermüdliche und erfolgreiche Arbeit im Dienste der Notleidendsten und der Hilfsbedürftigsten unserer Mitbürger meinen persönlichen Dank und den Dank der Stadt Wien zum Ausdruck zu bringen. Stadtrat Dr. Freund hat sein Amt in einer Zeit angetreten, in der der Wiederaufbau einer geordneten Verwaltung noch nicht weit

über den Anfang hinaus gekommen war. Er läßt ein in jeder Beziehung musterhaft verwaltetes Ressort zurück. Diesen Erfolg hat er erzielt, obwohl auch seiner Arbeit große Schwierigkeiten entgegenstanden. Seine Energie und seine zielbewußte Tätigkeit haben alle diese Schwierigkeiten überwunden. Wien besitzt heute wieder ein vorbildliches, in seinem Umfang größeres Fürsorgewesen, als je zuvor. Diesen großen und bedeutenden Zweig der Gemeindeverwaltung übernimmt nun, nach der soeben vom Gemeinderat getroffenen Entscheidung, Herr Vizebürgermeister Karl Honay. Er ist kein Neuling auf diesem Gebiet, denn er hat dieses Ressort schon einmal durch längere Zeit geleitet. Ich möchte aber diesen Anlaß wahrnehmen, um Herrn Vizebürgermeister Honay, der damit gleichzeitig von der Leitung des Personalreferates scheidet, für seine dort entwickelte Tätigkeit ebenfalls herzlichst zu danken. Mein Dank gilt ebenso der vielfältigen und tausendfachen Kleinarbeit, die dieses Ressort verlangt, wie der Erledigung der großen personalpolitischen Probleme, die in Zusammenwirken mit der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten gerade in den letzten zwei Jahren geleistet wurde.

Aus seinem bisherigen Amte scheidet auch Herr Stadtrat Jonas. Die Geschäftsgruppe Ernährungswesen, die er seit eineinhalb Jahren ausgezeichnet geleitet hat, hat durch die fortschreitende Liquidierung der Bewirtschaftung einen namhaften Teil ihrer Agenden eingebüßt, so daß ihr Weiterbestand als selbständige Geschäftsgruppe nicht mehr gerechtfertigt wäre. Ich danke auch ihm für sein rastloses Bemühen um eine geordnete Versorgung Wiens. Herr Stadtrat Jonas übernimmt die Leitung der Verwaltungsgruppe Bauwesen, wo eine der bedeutungsvollsten und schönsten Aufgaben, die unsere Stadt zu vergeben hat, durch ihm zu lösen sein wird.

Aufrichtig will ich aber auch Herrn Stadtrat Dr.Matejka danken, der mit dem heutigen Tage von der Leitung der Geschäftsgruppe für Kultur und Volksbildung scheidet.

Er ist seit Beginn unserer neuen demokratischen Verwaltung an der Spitze dieses Ressorts gestanden. Was wir an Stadtrat Dr. Matejka vor allem geschätzt haben, und wofür wir ihm heute besonders danken, ist sein Fleiß, sein rastloses Bemühen, alle Zweige der Kultur in unserer Stadt zu fördern, sie aus ihrer Erstarrung, in die sie durch den Faschismus gekommen sind, zu lösen, und neuerlich zur Entfaltung zu bringen.

Im Namen des Gemeinderates und damit im Namen der Stadt Wien danke ich also nochmals den Herren, die mit dem heutigen Tage aus Ämtern scheiden, die sie jahrelang in vorbildlicher Weise verwaltet haben.

Meine Frauen und Herren ! Als der erste, nach dem Weltkrieg freigewählte Gemeinderat nach der faschistischen Herrschaft zusammentrat, habe ich mir erlaubt auszuführen, daß die Arbeit des Wiederaufbaues unserer Stadt so groß, so umfangreich ist, daß sie in der Amtszeit des ersten Gemeinderates nach 1945 nicht erfüllt werden könne.

Vergleicht man die Zustände von heute mit jenen von 1945, so könnte man sich leicht der Täuschung hingeben, daß die Hauptarbeit des Wiederaufbaues schon vollendet sei, und doch konnte bisher natürlich nur ein Anfang gemacht werden. Die Gemeindeverwaltung mußte sich zunächst bemühen, das normale Leben der Stadt wieder einzurichten.

Mit vollem Rechte können wohl die Wiener stolz auf ihren Wiederaufbau sein, dürfen sich aber andererseits nicht verhehlen, daß in der nun beginnenden zweiten Verwaltungsperiode noch eine sehr opferreiche, harte Zeit der Arbeit kommen muß, wenn man den normalen Friedensverhältnissen näher kommen will.

Binnen kurzem wird der Voranschlag der Stadt Wien für 1950 beraten werden, in dem alle Verwaltungsgruppen die sie betreffenden Arbeiten für das nächste Jahr beschließen lassen müssen, die sich der Hauptsache nach mit der weiteren Kriegsschadenbehebung, mit der Modernisierung und den Erneuerungen in den Betrieben, wie Straßenbahn, Elektrizitätswerk usw. mit den Verkehrsfragen und der notwendigen Normalisierung der Verwaltung

befassen werden. Deshalb darf ich mich darauf beschränken, die großen Richtlinien der Verwaltung anzudeuten, die für die fünfjährige Verwaltungsperiode gelten sollen und weitere Geltung behalten müssen, wenn wir planmäßig fortschreiten wollen.

Das für die Gemeindeverwaltung dringendste Problem ist zunächst

die Behebung der übermäßigen Wohnungsnot.

Die oft ungerecht harte Kritik, die das Wohnungsamt und die Stadtverwaltung bezüglich der Kriegsschädenbehebung, des Wohnungsbaues und des Wohnungswesens überhaupt erfährt, läßt erkennen, daß über das Wesen und den Umfang dieses Problems im allgemeinen keine richtigen Vorstellungen bestehen.

Derzeit sind 7.546 Notstandsfälle (19.282 Personen) beim Wohnungsamte in Vormerkung und Behandlung. Dies allein schon läßt die ungeheure Wohnungsnot erkennen.

Den dringendsten Fällen soll zunächst mit Hilfe des Wohnungsanforderungsgesetzes begegnet werden, das auch nach seiner Novellierung den Anforderungen, den dringendsten Notstand zu beheben, noch lange nicht entspricht.

Die Praxis hat gezeigt, daß auch das Wohnhauswiederaufbaugesetz dringend reformbedürftig ist.

Die Wohnungsnot im ganzen ist aber ein Erbübel der Vergangenheit, das durch die Zerstörungen des Krieges und dessen Nachwirkungen nur unendlich verschärft worden ist. Deshalb ist es wohl nötig, etwas genauer darauf einzugehen.

Die Wohnungsfrage ist in Wien ein komplexes Problem, das nicht allein unter dem Gesichtspunkte des Mieterschutzes zu betrachten ist. Sie bestand schon vor der Einführung des Mieterschutzes und reicht weit in die Vergangenheit zurück.

Durch die Bautätigkeit der Gemeindeverwaltung nach dem ersten Weltkrieg ist viel zur Abstellung der ärgsten Mißstände getan worden. In der ersten demokratischen Republik wurden durch die Stadt Wien allein 65.000 Wohnungen gebaut. Durch Kriegseinwirkungen gingen jedoch fast 87.000 Wohnungen verloren. Dieser Verlust hat die Wohnungsnot in Wien so sehr verstärkt.

Die Verminderung der Bevölkerungszahl Wiens nach dem

Kriege hat die Wohnungsnot nicht gemildert. Durch freiwillige und erzwungene Rückwanderung aus dem Ausland und aus den anderen Bundesländern wurde das Wohnungsproblem inzwischen wieder weiter verschärft.

Noch im Laufe des Jahres 1945 kehrten 250.000 Abgewanderte wieder in das zerstörte Wien zurück, aus dem soviele Familien infolge der Bombenangriffe umgesiedelt worden waren. Bis Ende 1946 erhöhte sich die Bevölkerungszahl Wiens um weitere 115.000. Die Zuwanderung nach Wien hält aber noch weiter an, wenngleich sich ihr Tempo verlangsamt hat. Seit anfangs 1947 sind rund 75.000 weitere Zuwanderungen erfolgt, in den neun Monaten des Jahres 1949 allein 18.200 Personen. - Wie kann man also annehmen, daß dem Wohnungsbedürfnis sofort, oder in Wochen oder selbst Monaten entsprochen werden könnte!

Es wird deshalb zu prüfen sein, ob nicht durch besondere Begünstigungen der Tausch der Großwohnungen gegen Kleinwohnungen gefördert werden könnte, ob nicht der Überalterung der Wiener Bevölkerung in der weiteren Bautätigkeit durch Schaffung von Einzelzimmern für alte Ehepaare oder alte Einzelpersonen Rechnung getragen werden könnte.

Nicht wenige Menschen wohnen noch immer in beschädigten und nicht reparierten Wohnungen. Zwar ist schon vieles geschehen, vieles bleibt aber noch zu tun übrig. Von den beschädigten Wohnungen sind seit 1945 mehr als 100.000 wieder benützbar gemacht worden. Es wird daher unsere besondere Sorge sein, die noch zerstörten Gemeindewohnungen raschest wieder herzustellen.

Nach dem Jahre 1945 ging die Stadtverwaltung neben der Beseitigung der Kriegsschäden an den städtischen Wohnhausbauten wieder zum Neubau von Wohnungen über. Die eigentliche Arbeit konnte erst 1947 in Schwung kommen, so daß viele der Wohnungs- und Siedlungsbauten erst nach und nach vollendet werden. Mit dem Stichtag 31. Oktober 1949 sind derzeit 59 Wohnhäuser mit 3.629 Wohnungen und 8 Siedlungen mit 1.508 Wohnungen, also 5.137 Wohnungen im Bau.

Für das Jahr 1950 wurde das Stadtbauamt vom Gemeinderatsausschuß VI ermächtigt, das Wohnhausbauprogramm 1950 in Planung zu geben und die Freimachung der hiezu erforderlichen Gründe zu

veranlassen. - Das Wohnhausprogramm 1951 wird im Laufe des Jahres 1950 festzulegen sein, doch sind bereits jetzt laufend Untersuchungen über Standort, Wohnungsanzahl und Wohntypen notwendig und im Gange.

Es ist zu begrüßen, daß der Herr Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung ausdrücklich festgelegt hat, "die neue Regierung wird auch der Förderung der Wohnraumbeschaffung ihr besonderes Augenmerk schenken" und sich bemühen, im Wege des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds die Mittel für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen.

Mehr denn je ist der Bundeswohn- und Siedlungsfonds als Träger der Finanzhilfe für den gemeinnützigen Wohnungsbau notwendig. Die Bereitstellung staatlicher Kreditmittel für den Kleinwohnungs- und Siedlungsfonds ist demnach eine soziale Verpflichtung und wird von allen Vertretern der Stadt Wien anzustreben sein. Durch Neubelebung der genossenschaftlichen Baubewegung werden wir die Möglichkeit schaffen, private Mittel für den Wohnungsbau heranzuziehen.

Zu den wichtigen baulichen Aufgaben, die in nächster Zeit gelöst werden müssen, gehören eine Reihe wichtigster Maßnahmen, die eine gesunde bauliche, wirtschaftliche und landschaftliche Struktur von Wien maßgeblich beeinflussen und sichern müssen:

Unser Juwel, der Wienerwald, die ganze Landschaft Wiens, muß in noch stärkerem Maße als bisher gesetzlich gegen alle Übergriffe und Gefahren gesichert werden. Die Stadtverwaltung wird eindeutige gesetzliche Maßnahmen gegen die immer wiederkehrenden Versuche, in direkter oder verschleierter Form den Wald- und Wiesengürtel zu durchbrechen, treffen müssen.

Der Vergrößerung des "sozialen Grüns" wird besonderes Augenmerk zuzuwenden sein. Die Stadt Wien wird nicht nur neue Parkanlagen schaffen, sondern sie wird ebenso in großen zusammenhängenden Flächen Aufforstungen vornehmen müssen.

Sie wird in steigendem Maße ihre Bemühungen zur Schaffung eines Netzes von Spiel- und Sportstätten fortsetzen.

Die Wiederherstellung zerstörter und beschädigter Schulgebäude muß weitergeführt und die Erneuerung ihrer Einrichtungen fortgesetzt werden. Zu unserer Sorge um die junge Generation gehört auch die Weiterführung des Schulbauprogramms.

Vor allem wird die Stadt Wien aber den zwei wichtigsten wirtschaftlichen Fragen besonderes Augenmerk zuwenden, die von entscheidender Bedeutung für die Zukunft der Stadt im internationalen Wettbewerb sind: Dem weiteren Ausbau des Wiener Hafens und der Bereitstellung eines, dem Hafen nahegelegenen großen zentralen Industriegeländes nächst dem Donaukanal.

Keine dieser soeben angeführten Aufgaben aber würde die Stadt wirklich realisieren können, wenn sie sich nicht zu einer klar bewußten, sozialen Bodenpolitik bekennt.

In dem gleichen Sinne wird die Stadtverwaltung auch eine auf modernsten internationalen Erfahrungen fussende, soziale Stadtplanung betreiben.

Neben den Bau- und Wohnungsproblemen gilt die größte Sorge der Gemeindeverwaltung dem Wohlfahrts- und Gesundheitswesen.

Die Gemeinde wird der werdenden und der jungen Mutter hilfreich zur Seite stehen. Weiterer Ausbau der Mutterberatung, der Versorgung der Neugeborenen mit Säuglingswäsche,, der Kindergärten, der Kinderhorte und der Ausbau der Berufsausbildung gehören zum Sozialprogramm unserer Verwaltung.

Auch der Verwahrlostenerziehung wird besondere Obsorge zugewendet werden müssen, da Vorbeugen und Versorgen wirksamer ist als Einsperren.

Stipendien werden es auch den Arbeitern und Angestellten möglich machen, ihre Kinder studieren zu lassen oder sie als Lehrlinge dem Handwerk zuzuführen.

Darüber aber werden wir natürlich unserer alten, notleidenden Mitbürger, ob in der öffentlichen oder geschlossenen Fürsorge, niemals vergessen. Wir kennen ihr hartes Los und werden nach besten Kräften bemüht sein, es zu lindern.

Auf dem Gebiete des Gesundheitswesens harrt der Gemeinde

große Arbeit. In den Spitälern sind noch viele Kriegsschäden zu beseitigen. Der Krieg und die jahrelange Absperrung vom Ausland hat uns auf dem wichtigen Gebiete des Gesundheitswesens außerordentlich geschadet. Es ist erfreulich, daß wir in letzter Zeit wieder auf gute Erfolge verweisen können.

Der energischen Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten muß in den nächsten Jahren besonderes Augenmerk zugewendet werden.

Zu den großen Aufgaben, die mit der Kriegsschadenbehebung und dem sozialen Wohnbau verbunden sind, muß die Großstadt Wien noch an den Ausbau der sozial-hygienischen und sozial-medizinischen Einrichtungen denken, da die Volksgesundheit unser wertvollstes Gut ist.

Die Probleme, die die Unterlassungen vor dem Kriege und die Schrecken des Krieges und der Nachkriegszeit dieser Stadt hinterlassen haben, sind so groß, daß die vorhandenen Mittel nicht ausreichen, alle gestellten Aufgaben in kurzer Zeit zu lösen. Darum ist die Gemeindeverwaltung bereit, Kredite aufzunehmen, um nicht die Kosten dieses Krieges und des Wiederaufbaues einer Generation allein aufzubürden. Natürlich können nur solche Vorhaben auf Kredite verwiesen werden, die nur einmal auftreten und womöglich aus eigenem die Kosten des Kredites tragen können.

Ich muß bei diesem Anlaß auch der Erwartung Ausdruck geben, daß alle Vertreter dieser Stadt in allen gesetzlichen Körperschaften dafür eintreten werden, daß die Lebensinteressen der Bundeshauptstadt bei den kommenden Auseinandersetzungen über den finanziellen Ausgleich ihre volle Berücksichtigung finden.

Wien als Bundeshauptstadt ist nicht nur wirtschaftliches und kulturelles Zentrum, Wien hat auch sein soziales Erbe aus der Vergangenheit zu wahren und auszubauen, denn darauf beruht ein Großteil seiner Geltung im Ausland.

Dem Kulturbereich müssen wir aus verschiedenen Gründen unsere Aufmerksamkeit zuwenden.

Abgesehen davon, daß dieser Zweig der Gemeindeverwaltung bei fortschreitender Konsolidierung der allgemeinen Verhältnisse wieder in seine natürlichen Rechte tritt, ruht auf uns die hohe Verpflichtung, Kunst und Bildung in das Volk zu tragen.

Die Geschäftsgruppe Kultur und Volksbildung wird mit der Verwaltung des Kulturgroschens eine wichtige Aufgabe zu übernehmen haben.

Zu diesem Aufgabenbereich gehört auch die Pflege und Förderung des Fremdenverkehrs, der für unser armes Land auch wirtschaftlich von großer Bedeutung ist.

Wenn ich hoffe, daß die militärische Besetzung unserer Stadt nicht mehr allzulange dauern wird, so möchte ich doch bei diesem Anlaß an die Besatzungsmächte das Ersuchen richten, den übereinstimmenden Gesetzen der Landtage von Wien und Niederösterreich und dem gleichlautenden Bundesgesetz über die neuen Grenzen zwischen den beiden Bundesländern endlich ihre Zustimmung zu erteilen, so daß auf diesem Gebiete der Verwaltung bald eine endgültige Regelung, die im Interesse der betroffenen Gebiete und ihrer Bevölkerung gelegen ist, eintritt.

Mein Gruß und mein Dank als neugewähltes Oberhaupt dieser Stadt gilt nicht zuletzt der Arbeiter- und Angestelltenschaft der Stadt Wien in der Hoheitsverwaltung und in den städtischen Unternehmungen und Betrieben; mein Dank für die eifrige Mitarbeit am Wiederaufbau und für das bewiesene Verständnis gegenüber den ungeheuren Schwierigkeiten unserer Zeit, die eine Erbschaft des unseligen Krieges sind. An die Beamten- und Arbeiterschaft der Stadt richte ich heute die Bitte, mit dem gleichen Verständnis gemeinsam mit uns an die großen Aufgaben heranzutreten, die in den nächsten Jahren zu lösen sein werden und die nicht zuletzt die Befreiung der Verwaltung von jenen Auswüchsen zum Ziele haben, die ein Ergebnis der Kriegswirtschaft und ihrer Zeit sind. Durch Maßnahmen einer vernünftigen Verwaltungsreform soll die Verwaltung vereinfacht und ihr Funktionieren beschleunigt werden. Erfolge auf diesem Gebiete liegen nicht nur im Interesse der gesamten Bevölkerung, sondern ebenso sehr in dem der städtischen Angestelltenschaft selbst, deren dauernde Besserstellung nur möglich ist,

wenn die Kosten des Verwaltungsapparates in einem gesunden Verhältnis zu den produktiven Ausgaben der Gemeinde stehen. Die Gemeinde Wien wird ihren Angestellten immer ein einsichtiger und sozial denkender Dienstgeber sein. Ich habe die feste Zuversicht, daß die Beamten und Arbeiter der Stadt Wien so wie bisher auch in Zukunft nicht nur ihre Pflicht voll erfüllen, sondern mit der gleichen Arbeitsfreude und Begeisterung wie bisher ihren Dienst verrichten werden, zu ihrer eigenen Befriedigung und zum Besten unserer Stadt.

Wir haben in viereinhalb Jahren harter Arbeit einen großen Teil der Kriegsschäden beseitigt, wir haben die Wohlfahrts- und die meisten Gesundheitseinrichtungen von einst wieder hergestellt, wir haben den sozialen Wohnungsbau wieder aufgenommen und wir werden auch weiterhin die Wohnungsnot bekämpfen und dadurch den Mieterschutz sichern. So werden wir die Möglichkeit haben, an unsere Industrie und an unser Gewerbe eine Fülle neuer Aufträge zu vergeben und dadurch weiterhin die Vollbeschäftigung unserer Arbeiter und Angestellten möglichst zu sichern suchen.

Die Fülle der gegenwärtigen Aufgaben und der Blick in die Zukunft eröffnen uns so ungeheure Arbeit, daß wir uns bewußt sein müssen, in dieser Amtsperiode nur mit der Beseitigung der unmittelbaren Kriegsfolgen fertig zu werden und Grundlagen für eine auf Jahrzehnte hinaus sich erstreckende Arbeit schaffen zu können. Dabei wird die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Bundes die Grundlage sein.

Daß alle Mitglieder des Gemeinderates, welcher politischen Richtung sie auch angehören, in dieser Hinsicht mitarbeiten werden, steht für mich außer Zweifel. Die Resultierende aus allen widerstrebenden Interessen und Meinungen zu finden, wird Aufgabe des Gemeinderates sein.

In diesem Sinne wünsche ich dem neuen Gemeinderat vollen Erfolg!

Sie, meine Frauen und Herren, sind - als die gewählte Volksvertretung - nach der demokratischen Verfassung die tragende Kraft der gesamten Gemeindeverwaltung.

Der Bürgermeister, die Vizebürgermeister und amtsführenden Stadträte bleiben in ihrem Wirken an Ihre Beschlüsse gebunden, an Beschlüsse, die - nach sorgfältigem Abwiegen von Interessen und Ansichten zustandegekommen - in jedem Falle der Ausdruck des Volkswillens sind.

In den vier Jahren seit 1945 haben wir durch unsere Arbeit bewiesen, daß die Demokratie zu hohen Leistungen fähig ist. Wir sind noch lange nicht auf jenem Lebensstandard angelangt, den unser Volk schon einmal in der Demokratie erreicht hatte. Dies aber ist das Ziel unserer Arbeit und unseres Wirkens. Zu dieser Arbeit rufe ich Sie auf, Sie - den Gemeinderat und die Bevölkerung von Wien!

## Die neuen Stadträte

### Franz Fritsch - Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform

Franz Fritsch wurde am 5.12.1895 in Wien als Sohn eines Gewerbetreibenden geboren. Er erlernte das Fleischhauerhandwerk. Seit seinem 18. Lebensjahr ist er in der Gewerkschaftsbewegung und als Vertrauensmann der Sozialdemokratischen Partei tätig. 1931 trat er als Angestellter in die Krankenkasse ein. 1945 wurde Franz Fritsch in den Wiener Gemeinderat gewählt und mit dem verantwortungsvollen Posten eines Amtsführenden Stadtrates für das Ernährungswesen betraut. Zuletzt war der neue Stadtrat für Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform Finanzreferent der Wiener Gebietskrankenkasse.

### Hans Mandl - Kultur und Volksbildung

Hans Mandl wurde am 28.9.1899 geboren. Er war Volks- und Hauptschullehrer und zwischen den Jahren 1926 und 1934 Direktor der größten städtischen Jugendhorte. Ab 1934 ist Hans Mandl wieder Lehrer. Im Jahre 1943 wurde er verhaftet und nach Polen abgeordnet. Im Mai 1945 wurde er Bezirksschulinspektor für den 16.

Bezirk und organisierte den Wiederaufbau der Schulen in Ottakring. Im September 1945 wurde Hans Mandl in die Abteilung III des Stadtschulrates berufen, um den Aufbau des Wiener Berufsschulwesens durchzuführen. 1947 wird er Leiter der Abteilung III und im Jahre 1948 Landesschulinspektor. Als solcher lag ihm die Neuordnung des Schulwesens und die Errichtung der Schulgemeinden sehr am Herzen. Seine Arbeiten auf diesen Gebieten waren besonders erfolgreich.

Der neugewählte Stadtrat für Kultur und Volksbildung war bis 1934 Bundesführer der Roten Falken. Seit 1945 beschäftigt er sich mit dem Aufbau der Kinderfreundeorganisation und ist seit 1946 deren Bundesobmann.

## Die Konstituierung des Wiener Gemeinderates

Der Wiener Gemeinderat trat heute vormittag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen.

Bereits vor Sitzungsbeginn war die Galerie dicht gefüllt, Vertreter der alliierten Mächte hatten in den ersten Reihen Platz genommen.

Um 11 Uhr betraten die Fraktionen des Gemeinderates den Saal. Die Mitglieder der SPÖ trugen rote Nelken, die der ÖVP das Edelweiß. Die äusseren Sektoren nahmen die Vertreter des Linksblocks und des WdU, die mittleren Sektoren die Gemeinderäte der SPÖ und ÖVP ein.

Bürgermeister Dr.h.c. Körner eröffnete die Sitzung mit dem Gedenken an drei verstorbene Gemeinderäte. Es sind dies die Gemeinderäte Johann Kaschik, der einer tückischen Krankheit erlegen ist, Gemeinderat Rudolf Droz, der am 29. Oktober einem Herzschlag zum Opfer fiel, und Stadtrat Franz Novy, der, wie der Bürgermeister hervorhob, bis zum letzten Moment seines Lebens treu mitgearbeitet, mitgedacht und mitgehofft hat und plötzlich vom Tode gefällt worden ist. Alle waren Zeugen seiner fruchtbaren und emsigen Arbeit sowie seines lieben, guten und treuen Charakters. Er war ein guter Freund und aufopfernder Arbeiter.

Sodann schritt der Gemeinderat zur Angelobung seiner Mitglieder. Der Bürgermeister verlas die Angelobungsformel: "Ich gelobe, der Republik Österreich und der Stadt Wien unverbrüchliche Treue zu halten, die Gesetze stets und voll zu beobachten und meine Pflichten als Mitglied des Gemeinderates der Stadt Wien zu erfüllen!" Die Mitglieder des Gemeinderates leisteten nach dem Namensaufruf das Gelöbnis.

Auf Antrag des GR. Lötsch (SPÖ) wird die Zahl der Vorsitzenden des Gemeinderates mit sechs festgesetzt.

Unter sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen der Gemeindewahlordnung entfallen von den sechs Vorsitzenden des Gemeinderates vier Mandate auf die Sozialistische Partei Österreichs, zwei Mandate auf die Österreichische Volkspartei. Es wurden gewählt die

SPÖ-Gemeinderäte Dr.h.c. Körner, Marek, Koci und Potetz sowie die ÖVP-Gemeinderäte Dr. Robetschek und Dr.-Ing. Hengl.

Zur Vornahme der Wahl des Bürgermeisters übernimmt GR. Marek (SPÖ) den Vorsitz.

Nach Namensaufruf und Vornahme des Skrutiniums gibt der Vorsitzende folgendes Ergebnis der Wahl bekannt: abgegeben wurden 98 Stimmzettel, drei hievon leer, somit 95 gültige Stimmen. Sämtliche 95 Stimmen entfielen auf den GR. Dr.h.c. Theoder Körner. (Langanhaltender, lebhafter Beifall bei allen Parteien des Hauses. Die Abgeordneten erheben sich von ihren Plätzen und bereiteten dem wiedergewählten Bürgermeister herzliche Ovationen.)

Bürgermeister Dr.h.c. Körner übernimmt wiederum den Vorsitz und leistet das Gelöbnis, die Gesetze treu zu beobachten und seine Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen.

Die Zahl der Schriftführer wird mit sechs festgesetzt. Die Wahlvorschläge der SPÖ (Dienstl, Mistinger, Jacobi, Glaserer) und der ÖVP (Kutschera, Dr. Prutscher) werden angenommen.

Der Vorsitzende teilt mit, daß nach dem vom GR. Lötsch überreichten Antrag die Zahl der Mitglieder des Stadtsenates mit 11 bestimmt werden soll.

GR. Dr. Altmann (Linksblock) wendet sich dagegen, daß die Anzahl der Mitglieder des Stadtsenates, der gleichzeitig die Wiener Landesregierung ist, ohne Begründung von zwölf auf elf herabgesetzt werden soll. Diesem Antrag liegen politische Erwägungen zugrunde, um die Kommunisten und Linkssozialisten, die bisher dem Stadtsenat angehört haben, von der Mitwirkung auszuschließen, obwohl der Linksblock in stärkerer Zahl in den Gemeinderat eingezogen ist als nach den Wahlen 1945. In anderen Landtagen werde überdies alles getan, um eine neofaschistische Partei mit Freuden in die Landesregierung aufzunehmen.

Er beantrage daher, die Zahl der Mitglieder des Stadtsenates mit 13 zu bestimmen, wobei er von vornherein auf die Stimmen der Faschisten verzichtet.

Der Antrag des Gr. Dr. Altmann wird abgelehnt und die Zahl der Mitglieder des Stadtsenates mit 11 festgesetzt.

Von der SPÖ wurden die Herren Afritsch, Fritsch, Honay, Jonas, Mandl, Resch und Thaller, von der ÖVP die Herren Dr.Exel, Dkfm. Nathschläger, Rohrhofer und Weinberger nominiert. Die Wahlvorschläge werden ohne die Stimmen der Unabhängigen und des Linksblock angenommen.

Dann erfolgte die Wahl der Vizebürgermeister. Stadtrat Honay und Stadtrat Weinberger werden ohne die Stimmen der Unabhängigen und des Linksblockes zu Vizebürgermeistern gewählt.

Als nächster Punkt der Tagesordnung wird die Zahl und Einteilung der Verwaltungsgruppen behandelt. Der mit den Stimmen der großen Parteien angenommene Antrag lautet auf: Verwaltungsgruppe I, Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform; II, Finanzwesen; III, Kultur und Volksbildung; IV Wohlfahrtswesen; V, Gesundheitswesen; VI, Bauangelegenheiten; VII, Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten; VIII, Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen; IX, Wirtschaftsangelegenheiten; X, Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten; XI, Städtische Unternehmungen.

Bei der Abstimmung über die Zahl der Mitglieder der Gemeinderatsausschüsse, die nach dem Vorschlag der Sozialistischen Partei 12 betragen soll, meldet sich GR. Dr. Altmann zum Wort. Er betont, daß die Gemeinderatsausschüsse die entscheidenden Verwaltungskörperschaften sind und über alle Angelegenheiten, die die Bevölkerung der Stadt Wien betreffen, zu bestimmen haben. Die Festsetzung der Zahl ihrer Mitglieder bedeutet, daß in jedem einzelnen Fall eine Auslosung wie beim Planetenziehen oder beim Sporttoto stattfinden wird. (Vizebürgermeister Weinberger: Sie haben ja auch einen Planeten-Bundesrat!) GR. Altmann bezeichnet diese Auslosung als eine Herabwürdigung des Gemeinderates, die keineswegs notwendig sei. Er stellt den Antrag, die Zahl der Mitglieder der Gemeinderatsausschüsse mit 13 festzusetzen. Dadurch wäre gesichert, daß der Linksblock zur Mitarbeit in den Ausschüssen berufen wird.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des GR. Dr. Altmann abgelehnt. Nun erfolgt die Auslosung, die deshalb notwendig wird, weil bei der Aufteilung nach dem Proporz von den 12 Mandaten in jedem Ausschuß auf jeden Fall sieben auf die SPÖ und vier auf die ÖVP entfallen. Über das zwölfte Mandat entscheidet das Los zwischen der ÖVP und dem Linksblock. Die Auslosung erfolgt, indem je 5 Lose der ÖVP und des Linksblockes in eine Urne gelegt werden, aus der von einem Beamten des Magistrates ein Los

gezogen wird. Das Los entscheidet bei den Ausschüssen I und II für den Linksblock, bei dem Ausschuß III für die Volkspartei, bei den Ausschüssen IV bis VIII für den Linksblock, bei dem Ausschuß IX für die Volkspartei, X für den Linksblock und XI wieder für die Volkspartei. Die Auslosung des 12. Mitgliedes der Gemeinderätlichen Personalkommission, die im Anschluß daran durchgeführt wird, entscheidet wieder für den Linksblock.

Es wurden gewählt:

Gemeinderatsausschuß I: Personalangelegenheiten:

SPÖ: Adelpoller, Bock, Glaserer, Paula Kratky, Opravil, Pölzer, Weigelt;

ÖVP: Dr. Freytag, Dkfm. Dr. Hohl, Lifka, Sajdik, Skokan;

Linksblock: Dr. Altmann.

Gemeinderatsausschuß II: Finanzwesen:

SPÖ: Maria Jacobi, Jodlbauer, Marek, Mistinger, Rosch, Sigmund, Weber Otto;

ÖVP: Dkfm. Dr. Hohl, Mühlhauser, Dr. Robetschek, Schwaiger;

Linksblock: Dr. Soswinski.

Gemeinderatsausschuß III: Kultur und Volksbildung:

SPÖ: Kaps, Leibetseder, Frieda Nödl, Pfoch, Planck, Dr. Stemmer, Svetelsky;

ÖVP: Friedl, Etzersdorfer, Eleonore Hiltl, Winter Karl, Vlach.

Gemeinderatsausschuß IV: Wohlfahrtswesen:

SPÖ: Antonie Alt, Honay, Kinker, Paula Kratky, Hedwig Lehnert, Mistinger, Frieda Nödl;

ÖVP: Bischko, Eleonore Hiltl, Kowatsch, Elfriede Vavrovsky;

Linksblock: Lauscher.

Gemeinderatsausschuß V: Gesundheitswesen:

SPÖ: Glaserer, Heigelmayer, Franziska Krämer, Antonie Platzer, Schiller, Wiedermann, Winter Hans;

ÖVP: Dr. Eberle, Bucher, Kowatsch, Elfriede Vavrovsky;

Linksblock: Guger.

Gemeinderatsausschuß VI: Bauangelegenheiten:

SPÖ: Dinstl, Jodlbauer, Jonas, Koci, Pleyl, Josefa Popp, Dipl.Ing. Witzmann;

ÖVP: Lust, Kammermayer, Dr. Prutscher, Ing. Rieger;

Linksblock: Maller.

Gemeinderatsausschuß VII: Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten:

SPÖ: Albrecht, Fronauer, Fürstenhofer, Hedwig Lehnert, Loibl, Weber Hans, Wiedermann;

ÖVP: Kammermayer, Kutschera, Lust, Pink;

Linksblock: Dr. Matejka.

Gemeinderatsausschuß VIII: Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen:

SPÖ: Gratzl, Matourek, Josefa Popp, Helene Potetz, Swoboda Johann, Thaller, Weber Otto;

ÖVP: Haim, Dr. Ing. Hengl, Sajdik, Schwaiger;

Linksblock: Hausner.

Gemeinderatsausschuß IX: Wirtschaftsangelegenheiten:

SPÖ: Antonie Alt, Fürstenhofer, Jirava, Franziska Krämer, Lötsch, Pfoch, Dr. Stemmer;

ÖVP: Dr. Ing. Hengl, Römer, Tschak, Winter Karl, Etzersdorfer.

Gemeinderatsausschuß X: Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten:

SPÖ: Afritsch, Bock, Philomena Haas, Koci, Leibetseder, Svetelsky, Winter Hans;

ÖVP: Doppler Franz, Haim, Holub, Vlach;

Linksblock: Dr. Altmann.

Gemeinderatsausschuß XI: Städtische Unternehmungen:

SPÖ: Adelpoller, Fronauer, Maria Jacobi, Kaps, Marek, Loibl, Sigmund;

ÖVP: Bischko, Mazur, Ing. Rieger, Skokan, Lifka.

In die Gemeinderätliche Personalkommission für die Beamten der Bundeshauptstadt Wien wurden folgende Mitglieder gewählt:

SPÖ: Adelpoller, Bock, Glaserer, Paula Kratky, Opravil, Pölzer, Weigelt:

ÖVP: Dkfm. Dr. Hohl, Ing. Rieger, Sajdik, Skokan.

Linksblock: Dr. Altmann.

In das Disziplinarkollegium gemäß § 26 der Verfassung der Stadt Wien wurden 5 Gemeinderäte der SPÖ und 4 der ÖVP als Mitglieder und ebensoviele Ersatzmitglieder gewählt.

Die Wahl von 14 Mitgliedern in den Vorstand der Krankenfürsorgeanstalt der Angestellten und Bediensteten der Stadt Wien ergab: 8 Mitglieder der SPÖ, 5 Mitglieder der ÖVP und 1 Mitglied der KPÖ mit einer Funktionsdauer von 3 Jahren.

Der nächste Punkt war die Wahl des Vorsitzenden und zweier Beisitzer des Schiedsgerichtes der Krankenfürsorgeanstalt der Angestellten und Bediensteten der Stadt Wien mit einer Funktionsdauer von 3 Jahren. Gewählt werden als Vorsitzender Dr. Stemmer (SPÖ), als Beisitzer Schiller (SPÖ) und Haim (ÖVP).

Die Wahlen wurden mit der Bestellung von 9 Mitgliedern des Kuratoriums des Wiener Jugendhilfswerkes, die auf die Dauer eines Jahres gewählt werden, beschlossen. Es entfielen auf die SPÖ 5, auf die ÖVP 4 Mitglieder.

Bürgermeister Dr. Körner unterbrach hierauf um 12.30 Uhr die Sitzung auf 10 Minuten und berief die Mitglieder des Stadtsenates zu einer Beratung über die Bestellung der amtsführenden Stadträte.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung teilte Vorsitzender GR. Marek mit, daß der Stadtsenat in seiner soeben abgehaltenen Sitzung folgenden Wahlvorschlag für die Wahl der amtsführenden Stadträte als Leiter der elf Geschäftsgruppen des Magistrates ausgearbeitet hat:

Geschäftsgruppe I: "Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform": Stadtrat Franz Fritsch.

Geschäftsgruppe II: "Finanzwesen": Stadtrat Johann Resch;

Geschäftsgruppe III: "Kultur und Volksbildung": Stadtrat Hans Mandl;

Geschäftsgruppe IV: "Wohlfahrtswesen": Vizebürgermeister Karl Honay;

Geschäftsgruppe V: "Gesundheitswesen": Vizebürgermeister Lois Weinberger;

Geschäftsgruppe VI: "Bauangelegenheiten": Stadtrat Franz Jonas;

Geschäftsgruppe VII: "Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten": Stadtrat Anton Rohrhofer;

Geschäftsgruppe VIII: "Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen": Stadtrat Leopold Thaller;

Geschäftsgruppe IX: "Wirtschaftsangelegenheiten": Stadtrat Diplomkaufmann Richard Nathschläger;

Geschäftsgruppe X: "Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten": Stadtrat Josef Afritsch;

Geschäftsgruppe XI: "Städtische Unternehmungen": Stadtrat Dr. Erich Exel.

Der Wahlvorschlag des Stadtsenates wurde bei der Abstimmung im Gemeinderat angenommen.

Mit lebhaften Beifall begrüßt, ergriff sodann Bürgermeister Dr.h.c. Körner das Wort. (Die Rede wurde bereits auf Blatt 1390 bis Blatt 1400 ausgesendet.)

## Wiener Landtag

### Konstituierende Sitzung des Wiener Landtages

Der neugewählte Landtag von Wien hielt nach der Gemeinderatssitzung seine konstituierende Sitzung ab, die von dem bisherigen Präsidenten Dr. Neubauer (SPÖ) eröffnet wurde. Dieser schritt unmittelbar zur Erledigung der Tagesordnung.

1. Punkt war die Wahl des Präsidenten, des 2. und des 3. Präsidenten. Sie wurde auf Antrag des Abg. Lötsch nicht mittels Stimmzettels sondern durch Erheben der Hand vorgenommen.

Der Wahlvorschlag der Sozialistischen Partei für den ersten Präsidenten lautete auf den Abg. Bruno Marek. Dieser wurde unter lebhaftem allgemeinem Beifall gewählt.

Präsident Marek dankte, den Vorsitz übernehmend, dem scheidenden Präsidenten Dr. Neubauer für seine Amtsführung. Dr. Neubauer hat bereits in den sturmbewegten Tagen des Jahre 1932 das Amt des Präsidenten des Wiener Landtages ausgeübt. Damals war in diesem Hause eine Fraktion am Werke, die die Demokratie als einen Freibrief ihres politischen Freibeutertumes betrachtete. Es gehörte die ganze Persönlichkeit, Diplomatie und Kraft des Präsidenten Dr. Neubauer dazu, um die Würde dieses Hauses zu wahren und die Geschäfte des Wiener Landtages zu führen. Daher ist es verständlich, daß die sozialistische Fraktion nach Wiederherstellung der demokratischen Einrichtungen im Jahre 1945 wieder Dr. Neubauer in Vorschlag brachte. Dieser stand von 1945 bis 1949 an der Spitze des Präsidiums des Wiener Landtages und hat dieses Amt nach den strengen Grundsätzen der unparteiischen Geschäftsführung ausgeübt.

Dr. Neubauer dankte für die anerkennenden Worte, er dankte auch den Mitgliedern des Landtages, die ihm bei der Arbeitsführung die beste Unterstützung gewährt haben, und verband damit den herzlichsten Dank an alle Beamten des Hauses, die ihm während seiner Amtsführung treu zur Seite standen.

Zum zweiten Präsidenten wurde nach dem Wahlvorschlag der Österreichischen Volkspartei Abg. Mühlhauser, zum dritten Präsidenten nach dem Vorschlag der Sozialistischen Partei Abg. Koci gewählt.

Im weiteren Verlauf der Tagesordnung wurden vom Wiener Landtag das Immunitätskollegium gewählt. Von der Sozialistischen Partei wurden gewählt: die Abg. Maria Jacobi, Koci, Präsident Marek sowie die Abg. Mistinger und Planek. Von der Österreichischen Volkspartei gehören dem Immunitätskollegium an: die Abg. Dr. Freytag, Hain, Dr. Ing. Hengl und Dkfm. Dr. Hohl.

In den Unvereinbarkeitsausschuß wurden gewählt: Von der SPÖ die Abg. Albrecht, Antonie Alt, Fronauer, Jodlbauer und Svetelsky, von der ÖVP die Abg. Kowatsch, Lehner, Dr. Lifka, Dr. Robetschek.

In den Bundesrat wurden entsendet: von der Sozialistischen Partei Richard Freund, Leopold Millwisch, Hans Riemer, Prof. Dr. Adalbert Duschek, Erich Beck, Rudolfine Muhr, Otto Skritek; von der Österreichischen Volkspartei Prof. Dr. Karl Lugmayer, Min.a.D.

Dr. Eugen Fleischhacker, Dr. Alfons Übelhör, Generalsekretär Fritz Eckert; vom Linksblock Gottlieb Fiala. In den Bundesrat sind nicht nur die Mitglieder des Landtages, sondern alle in Wien wohnhaften Bundesbürger wählbar, die für den Landtag gewählt werden können.

Zum Schluß der Sitzung dankte der Präsident des Landtages Marek den Mitgliedern dieser Körperschaft für das Vertrauen das sie ihren Präsidenten durch die Wahl entgegengebracht hat. Er gab die Versicherung ab, daß es ihr Bestreben sein werde, das Vertrauen der Mitglieder des Landtages und das der Wiener Bevölkerung zu rechtfertigen. Mit einem Ausblick auf die große Arbeit in dem Wiener Landtag, die in der neuen Sessionsperiode bevorsteht, schloß Präsident Marek um 14.40 Uhr die Sitzung.

## Berichtigung

Auf Blatt 1405, bei der Aufzählung der in den Gemeinderatsausschuß I gewählten Mandatare, ist in der Liste der ÖVP Gemeinderat Skokan zu streichen.

## Wer ist eine richtige Wienerin?

Um die Galerie der Frauen unserer Stadt zu vervollständigen und den Typ der Wienerin aus allen Ständen und Berufen zu erfassen, haben sich bekannte Maler und Bildhauer des Künstlerhauses bereit erklärt, an zwei Samstagen, und zwar am 10. und 17. Dezember, von 14 bis 17 Uhr, in den Ausstellungsräumen unauffällig unter den Besuchern verteilt, nach jenen Frauen und Mädchen Umschau zu halten, die ihrem Empfinden nach eine der vielen Varianten des Begriffes "Wienerin" verkörpern. Dieser Begriff umfaßt alle Lebensalter und Stände, Großmutter wie Enkelin, die Dame der Gesellschaft und die werktätige Frau, wenn nur ihr Wesen das ausstrahlt, was unsere Dichter in Worte zu kleiden versuchten und unsere bildenden Künstler an den Frauen Wiens anspricht.

Entscheidend ist nicht der Geburtsort, sondern die Atmosphäre unserer Stadt, die auf die Frauen, die in ihr leben, einwirkt und sie formt.

Für jene Besucherinnen, die beim Verlassen der Ausstellung um ihre Anschrift gebeten werden, bedeutet dies, daß ihre Persönlichkeit künstlerisches Interesse erweckt hat und in die engere Wahl jener kommt, die gebeten werden, einem Künstler zu einem Bildnis in Malerei, Zeichnung oder Plastik zu sitzen.

Diese Werke sollen in der Frühjahrsausstellung 1950 gezeigt werden. Bei Gelegenheit dieser engeren Auslese wird jeder Beteiligten ein künstlerisches Andenken an den Ausstellungsbesuch überreicht werden.

Folgende Künstler des Hauses haben sich für diese Bildnisaktion zur Verfügung gestellt:

Die Maler Baszel, Beischläger, Dachauer, Eisenmenger, Frey, Fuchs, Gerstenbrand, Giessel, Gorgon, Hartmann, Krause, Keppel, May, Meissner, Miller-Hauenfels, Neuböck, Patzelt, Pleban, Reinkenhof, Reitterer, Rizek, Ruzicka, Streit, Windhager, Wolfsberger, Zeileissen, Zerritsch, Wulz und

die Bildhauer Bock, Drobil, Grienauer, Hartig, Hecke, Hofmann, Moiret, Pieler, Riedel Alfons, Riedl Josef Franz, Schmidt, Thiede, Ullmann.

## Ermäßigte Hundemarken für Siedler und Kleingärtner

Samstag sprachen die Vertreter der Siedler und Kleingärtner unter Führung der zwei Präsidenten Dekara und Köhl bei Stadtrat Resch vor, um die seit langem geführten Verhandlungen über eine Ermäßigung der Hundeabgabe für Wachthunde von Siedlern und Kleingärtnern endlich abzuschließen. Es kam eine Vereinbarung zustande, wonach den Siedlern und Kleingärtnern im Wege ihrer Verbände auf die Hälfte ermäßigte Hundemarken im Höchstausmaß von einer ermäßigten Marke für je 15 Siedlerstellen oder Kleingärten zugesagt wurde. Damit wird die Notwendigkeit einer Sonderbegünstigung für die Hundehalter in Siedlungen und Kleingärten vermieden und eine kollektive Regelung geschaffen, die es je 15 Siedlern oder Kleingärtnern möglich macht, gemeinsam einen Wachthund für ihren Besitz zu halten und dafür die verbilligte Hundemarke beanspruchen zu können. Die Vereine der Siedler und Kleingärtner werden die erforderlichen Erhebungen und die Verteilung der ermäßigten Hundemarken selbst durchführen und damit den Magistrat weitgehend entlasten. Durch diese Regelung werden voraussichtlich rund 4000 Wachthunde für die Zuerkennung einer ermäßigten Marke in Betracht kommen.

## Ehrung von Dienst- und Gewerkschaftsjubilaren der Städtischen Bestattung

Am Sonntag wurden im Mozartsaal des Konzerthauses 48 Dienst- und 59 Gewerkschaftsjubilare der Städtischen Bestattung geehrt.

In Vertretung des Bürgermeisters war Vizebürgermeister Honay erschienen. Außerdem nahmen an dem feierlichen Akt Stadtrat Dr. Exel, Gemeinderat Pölzer als Vertreter der Gewerkschaft, sowie die Leiter der zuständigen Hauptgruppen und Vertreter vieler Magistratsdienststellen teil.

Nach der Begrüßung durch den Betriebsrat schilderte

Direktor Dipl.Ing. Pröbsting den Werdegang des Unternehmens und dankte besonders den Jubilaren für ihre Leistungen, die den Aufstieg der Städtischen Bestattung und die Bewältigung der großen sanitären Aufgaben zum Schutze der Stadt ermöglichten und eben dadurch die Hoffnung auf baldige Kommunalisierung als berechtigt erscheinen lasse.

Vizebürgermeister Honay teilte mit, daß in den Verhandlungen zur Neubildung der Stadtregierung eine Einigung über die Kommunalisierung erzielt wurde. Dies berechtige, daß die Beamten der Städtischen Bestattung pragmatisiert werden, weil das Unternehmen für die Gemeinde dann als Monopolbetrieb gelte. Er schloß seine Rede mit dem Wunsche, daß das Unternehmen weiterhin zum Wohle der Stadt Wien gedeihen möge.

Stadtrat Dr. Exel würdigte die gute wirtschaftliche Führung des Unternehmens und dessen moderne Betriebseinrichtungen.

Gemeinderat Pölzer dankte vor allem den Gewerkschaftsjubilaren für ihre Treue.

An die Ansprachen schloß sich die Überreichung der Festgaben, Diplome und der silbernen, bzw. goldenen Gewerkschaftsabzeichen an die Jubilare.